

29.01.2010

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9386

Gesetz zur Modernisierung des nordrhein-westfälischen Sicherheitsrechts

und

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/10089

2. Lesung

Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Beschlussempfehlung

1. Der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD - Drucksache 14/9386 - wird abgelehnt.
2. Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 14/10089 - wird mit folgenden Änderungen angenommen:

Datum des Originals: 29.01.2010/Ausgegeben: 29.01.2010

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Artikel I wird wie folgt geändert:

1. § 16 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Eine Erhebung ist unverzüglich zu unterbrechen, wenn sich tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Daten, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, erfasst werden; dies gilt nicht, soweit die Erhebung aus zwingenden informations- oder ermittlungstechnischen Gründen nicht unterbleiben kann. Die Erhebung darf fortgesetzt werden, wenn zu erwarten ist, dass die Gründe, die zur Unterbrechung geführt haben, nicht mehr vorliegen. Die anordnende Stelle ist über den Verlauf der Maßnahme unverzüglich zu unterrichten. Liegen die Voraussetzungen der Anordnung nicht mehr vor, so hat sie den Abbruch der Maßnahme anzuordnen."

b) Als neuer Absatz 3 wird eingefügt:

„(3) Bestehen Zweifel hinsichtlich der Kernbereichsrelevanz der erhobenen Daten sind diese unverzüglich dem oder der behördlichen Datenschutzbeauftragten und einer von dem Behördenleiter oder der Behördenleiterin besonders beauftragten Leitungsperson des höheren Polizeivollzugsdienstes zur Durchsicht vorzulegen. Im Falle des § 17 Abs. 2 Satz 3 erfolgt die Durchsicht durch das zuständige Amtsgericht. § 18 Abs. 4 bleibt unberührt.“

c) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden zu Absätzen 4 und 5.

2. § 17 Absatz 6 erhält folgende Fassung:

"(6) Erfolgt eine Unterrichtung gemäß Absatz 5 Satz 1 nicht binnen sechs Monaten nach Abschluss der Maßnahme, bedarf die weitere Zurückstellung der Unterrichtung der richterlichen Zustimmung. Die richterliche Entscheidung ist jeweils nach einem Jahr erneut einzuholen. Über die Zustimmung entscheidet das Gericht, das für die Anordnung der Maßnahme zuständig gewesen ist. Bedurfte die Maßnahme nicht der richterlichen Anordnung, ist für die Zustimmung das Amtsgericht, in dessen Bezirk die Polizeibehörde ihren Sitz hat, zuständig. Nach zweimaliger Verlängerung ist die Zustimmung des für die Einlegung einer Beschwerde zuständigen Gerichts einzuholen. § 68 Abs. 4 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit findet keine Anwendung. Fünf Jahre nach der erstmaligen Entscheidung gemäß Satz 5 darf dieses Gericht allein wegen Vorliegens der Zurückstellungsgründe des § 19 Abs. 3 und des § 20 Abs. 5 keine Zustimmung erteilen."

3. § 18 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

"Eine ausschließlich automatisierte Datenerhebung ist unzulässig."

b) In Absatz 3 wird Satz 5 gestrichen.

c) In Absatz 4 wird folgender neuer Satz 3 eingefügt:

"Nach einer Unterbrechung oder einer Aufzeichnung gemäß Satz 2 darf die Erhebung fortgesetzt werden, wenn zu erwarten ist, dass die Gründe, die zur Unterbrechung oder zur Aufzeichnung geführt haben, nicht mehr vorliegen."

- d) Die bisherigen Sätze 3 bis 5 werden zu Sätzen 4 bis 6.
- e) Im neuen Satz 4 wird das Wort "Diese" durch die Wörter "Die automatisierte Aufzeichnung" ersetzt.
- f) Der bisherige Satz 6 wird gestrichen.

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD zur Modernisierung des nordrhein-westfälischen Sicherheitsrechts - Drucksache 14/9386 - wurde vom Plenum am 24. Juni 2009 federführend an den Innenausschuss sowie zur Mitberatung an den Hauptausschuss und den Rechtsausschuss überwiesen.

In der Begründung ihres Gesetzentwurfs weist die SPD-Fraktion darauf hin, dass als Konsequenz des aufgrund des gesehenen erheblichen Problemdrucks zu ändernden Polizeigesetzes und des Verfassungsschutzgesetzes

- die bestehenden Gesetze durch zeitgemäße, lagegerechte und handhabbare Handlungsermächtigungen für Polizei und Verfassungsschutzbehörde ergänzt,
- die bestehenden bürger- und freiheitssichernden Bestimmungen entsprechend der vom Bundesverfassungsgericht fortgeschriebenen und konkretisierten rechtsstaatlichen Anforderungen ausgebaut und
- die Regelungen, die die Kontrolle der Verfassungsschutzbehörde durch den Landtag betreffen, präzisiert und weiter entwickelt werden.

So würden im Polizeigesetzentwurf u. a. Ermächtigungen geschaffen für die Überwachung der Telekommunikation, den Eingriff in informationstechnische Systeme und die Beteiligung des Landeskriminalamtes an gemeinsamen Dateien.

Zudem würden bestehende bürger- und freiheitssichernde Regelungen ausgebaut bzw. neu geschaffen. Dies betreffe u. a. den Schutz zeugnisverweigerungsberechtigter Personen (Berufsgeheimnisträger), den Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung, die Unterrichtung von Personen und die Übermittlung personenbezogener Daten.

Im Verfassungsschutzgesetz würde eine neue Ermächtigung geschaffen für die Beteiligung der Verfassungsschutzbehörde an gemeinsamen Dateien der Polizeien und der Nachrichtendienste von Bund und Ländern. Bürger- und freiheitsrechtssichernde Änderungen und Ergänzungen erfolgten hinsichtlich der Aufgabenstellung, der heimlichen Wohnraumüberwachung mit technischen Mitteln, des Schutzes des Kernbereichs privater Lebensgestaltung etc.

Der im November 2009 von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen - Drucksache 14/10089 - wurde vom Plenum am 2. Dezember 2009 federführend an den Innenausschuss und zur Mitberatung an den Rechtsausschuss überwiesen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung verfolgt das Ziel, nach den Änderungen des Organisationsrechts der Polizei nun auch das polizeiliche Tätigkeitsrecht fortzuschreiben, um die für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger notwendigen Befugnisse der Polizei weiter zu entwickeln und auf verfassungsgemäße Rechtsgrundlagen zu stellen.

Reformbedarf habe sich insbesondere durch einige Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts ergeben. So z. B. zur akustischen Wohnraumüberwachung, zu gesetzlichen Vorkehrungen zum Schutz eines Kernbereichs der privaten Lebensgestaltung, zur Benachrichtigung von Betroffenen und zur Datenverarbeitung. Bei allen heimlichen Überwachungsmaßnahmen staatlicher Stellen sei ein unantastbarer Kernbereich privater Lebensgestaltung zu wahren, dessen Schutz sich aus Artikel 1 Abs. 1 GG ergebe (Urteil vom 27. Februar 2008).

Der Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung werde im Gesetzentwurf durch eine allgemeine Regelung für die besonderen Mittel polizeilicher Datenerhebung (§ 16) und eine spezielle Regelung für die präventiv-polizeiliche Wohnraumüberwachung (§ 18 Abs. 2 ff.) gewährleistet.

Ferner werde die Aufgabennorm des § 1 durch Streichung des Begriffs "Vorsorge für die Verfolgung künftiger Straftaten" verfassungskonform formuliert. Daneben würden in folgenden Bereichen die polizeilichen Aufgaben und Befugnisse geändert, erweitert bzw. klarstellend geregelt:

- Wiedereinführung des Schutzguts der öffentlichen Ordnung (§§ 1 und 8);
- molekulargenetische Untersuchungen zur Identitätsfeststellung (§ 14a);
- Teilnahme an Verbunddateien (§ 33 Abs. 6);
- offene Videobeobachtung im polizeilichen Gewahrsam (§ 37 Abs. 3) und
- Regelung des finalen Rettungsschusses (§ 63 Abs. 2).

B Beratungsverfahren

Mit dem Gesetzentwurf der SPD hat sich der Innenausschuss in seinen Sitzungen am 3. September, 26. November 2009 und am 28. Januar 2010 befasst.

Er führte zu diesem Gesetzentwurf am 26. November 2009 eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen durch. Zum Inhalt dieses Hearings wird auf das Ausschussprotokoll 14/1010 verwiesen. Alle abgegebenen Beiträge sind darin ausführlich dokumentiert.

An schriftlichen Stellungnahmen standen zur Verfügung:

- | | | |
|-----------------------|---|--|
| Stellungnahme 14/2911 | - | Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf |
| Stellungnahme 14/2912 | - | Prof. Dr. Fredrik Roggan, Polizeiakademie Niedersachsen, Nienburg |
| Stellungnahme 14/2913 | - | Prof. Dr. Hansjörg Geiger, Berlin |
| Stellungnahme 14/2917 | - | Prof. Dr. Dieter Kugelmann, Deutsche Hochschule der Polizei, Münster |
| Stellungnahme 14/2919 | - | Bund Deutscher Kriminalbeamter Landesverband Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf |
| Stellungnahme 14/2920 | - | Prof. Dr. Matthias Bäcker, LL.M., Universität Mannheim |
| Stellungnahme 14/2921 | - | Deutsche Polizeigewerkschaft Landesverband Nordrhein-Westfalen, Duisburg |
| Stellungnahme 14/2946 | - | RA Frank Johnigk, Bundesrechtsanwaltskammer Berlin |

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 14/10089 - wurde vom Innenausschuss in seinen Sitzungen am 10. Dezember 2009, 14. Januar und 28. Januar 2010 beraten.

Zur Sicherstellung eines zügigen Beratungsverfahrens führte der Innenausschuss, nachdem sich die Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit ihrer Forderung auf eine spätere Terminfestlegung nicht durchsetzen konnten, zu diesem Gesetzentwurf am 14. Januar 2010 eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen durch.

Zum Inhalt dieser Anhörung wird auf das Ausschussprotokoll 14/1052 verwiesen, in dem alle abgegebenen Beiträge ausführlich dokumentiert sind.

An schriftlichen Stellungnahmen standen zur Verfügung:

- | | | |
|-----------------------|---|--|
| Stellungnahme 14/3009 | - | Deutsche Polizeigewerkschaft Landesverband Nordrhein-Westfalen, Duisburg |
| Stellungnahme 14/3026 | - | Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit NRW, Düsseldorf |
| Stellungnahme 14/3027 | - | Prof. Dr. Michael Sachs, Universität zu Köln |

- Stellungnahme 14/3040 - Bund Deutscher Kriminalbeamter Landesverband NRW, Düsseldorf
- Stellungnahme 14/3048 - RA Frank Johnigk, Bundesrechtsanwaltskammer Berlin
- Stellungnahme 14/3049 - Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk NRW, Düsseldorf
- Stellungnahme 14/3061 - Prof. Dr. Thomas Mayen, Dolde Mayen & Partner, Bonn

Als weiteres Beratungsmaterial stand der vom Innenminister mit Vorlage 14/3039 vorgelegte Bericht über die Evaluierung der §§ 31 und 34 Abs. 2 des geltenden Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (Rasterfahndung und Erweiterter Platzverweis) zur Verfügung.

C Beratungsergebnis

Der mitberatende Rechtsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 21. Januar 2010 mit beiden Gesetzentwürfen abschließend befasst und sich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der SPD-Fraktion dafür ausgesprochen, den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion - Drucksache 14/9386 - abzulehnen. Zum Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 14/10089 - verzichtete der Rechtsausschuss im Hinblick auf die zeitlich noch nicht mögliche Auswertung der Anhörung vom 14. Januar 2010 einstimmig auf die Abgabe eines Votums.

Der zur Mitberatung am Gesetzentwurf der SPD-Fraktion - Drucksache 14/9386 - aufgerufene Hauptausschuss hat sich in seiner Sitzung am 28. Januar 2010 mehrheitlich gegen die Stimmen der für den Entwurf verantwortlichen Fraktion für dessen Ablehnung ausgesprochen.

Von den Fraktionen der CDU und der FDP wurde zur abschließenden Sitzung des Innenausschusses am 28. Januar 2010 der nachfolgend wiedergegebene Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 14/10089 - eingereicht:

"Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP zum Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 14/10089 :

1. In Artikel I Ziffer 5 wird § 16 wie folgt geändert:

a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Eine Erhebung ist unverzüglich zu unterbrechen, wenn sich tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Daten, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, erfasst werden; dies gilt nicht, soweit die Erhebung aus zwingenden informations- oder ermittlungstechnischen Gründen nicht unterbleiben kann. Die Erhebung darf fortgesetzt werden, wenn zu erwarten ist, dass die Gründe, die zur Unterbrechung geführt haben, nicht mehr vorliegen. Die anordnende Stelle ist über den Verlauf der Maßnahme unverzüglich zu unterrichten. Liegen die Voraussetzungen der Anordnung nicht mehr vor, so hat sie den Abbruch der Maßnahme anzuordnen.“

b) Nach Absatz 2 wird als neuer Absatz 3 eingefügt:

„(3) Bestehen Zweifel hinsichtlich der Kernbereichsrelevanz der erhobenen Daten sind diese unverzüglich dem oder der behördlichen Datenschutzbeauftragten und einer von dem Behördenleiter oder der Behördenleiterin besonders beauftragten Leitungsperson des höheren Polizeivollzugsdienstes zur Durchsicht vorzulegen. Im Falle

des § 17 Abs. 2 Satz 3 erfolgt die Durchsicht durch das zuständige Amtsgericht. § 18 Abs. 4 bleibt unberührt.“

c) Die Absätze 3 und 4 werden zu Absätzen 4 und 5.

Begründung:

zu a)

Bei § 16 handelt es sich um eine „vor die Klammer gezogene“ Regelung zum Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung. Der Gesetzentwurf greift dabei das vom Bundesverfassungsgericht im Urteil vom 27. Februar 2008 (1 BvR 370, 595/07; BVerfGE 120, 274 ff. (337f.)) entwickelte „zweistufige Schutzkonzept“ auf. Das Gericht hat durch diese Entscheidung das ursprüngliche Konzept eines absolut abwägungsfesten Kernbereichsschutzes (Urteil vom 3. März 2004, 1 BvR 2378/98, 1084/99; BVerfGE 109, 279 ff. (313 ff.)) deutlich modifiziert.

§ 16 setzt zunächst voraus, dass rechtmäßige Erhebungen personenbezogener Daten auf Grundlage der polizeilichen Standardbefugnisse gem. §§ 16a ff. PolG erfolgen. Die Absätze 1 und 2 des § 16 befassen sich mit der Umsetzung der ersten Stufe des Schutzkonzepts, der Vermeidung der Erhebung kernbereichsrelevanter Daten. Dazu stellt Absatz 1 den Grundsatz der Datenvermeidung auf, der in Absatz 2 konkretisiert wird. Absatz 2 regelt nämlich, dass eine zunächst zulässige Erhebung personenbezogener Daten zu unterbrechen ist, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für die Erfassung von Kernbereichsinhalten bestehen. Allerdings darf - innerhalb des angeordneten Zeitraums der verdeckten Maßnahme - die Datenerhebung fortgesetzt werden, wenn neue Anhaltspunkte, dafür sprechen, dass die Unterbrechungsgründe nicht mehr vorliegen.

Das Bundesverfassungsgericht hat im Urteil vom 27. Februar 2008 ausgeführt, dass eine gesetzliche Regelung darauf hinzuwirken hat, „dass die Erhebung kernbereichsrelevanter Daten soweit wie informationstechnisch und ermittlungstechnisch möglich unterbleibt“ (BVerfGE 120, 338). Damit hat es deutlich gemacht und anerkannt, dass es unter bestimmten Umständen praktisch unvermeidbar ist, Informationen zur Kenntnis zu nehmen, bevor ihr Kernbereichsbezug bewertet werden kann (a.a.O., S. 337). Dies führt jedoch nicht dazu, dass der Kernbereichsschutz leerläuft, sondern dass er auf die zweite Stufe des Schutzkonzepts (abgesichert durch ein Datenverwendungsverbot und ein Datenlöschungsgebot) verlagert wird.

In diesem systematischen Kontext ist auch die einschränkende zweite Satzhälfte des Absatz 2 Satz 1 zu verstehen: sie verdeutlicht, dass es Gründe geben kann, bei deren Vorliegen das Gebot der Datenvermeidung (durch Unterbrechung) zurücktritt, und der Kernbereichsschutz erst auf der zweiten Stufe zum Tragen kommt. Durch die Hinzufügung des Wortes „zwingend“ werden die verfassungsrechtlich gebotenen Anforderungen noch verschärft.

Die neu hinzugefügten Sätze 3 und 4 dienen als zusätzliche Verfahrenssicherung. Mit der Verpflichtung der Unterrichtung der anordnenden Stelle (je nach Standardbefugnis kann ein Behördenleiter- oder Richtervorbehalt bestehen) wird ein interner Kontrollmechanismus eingerichtet. In Ergänzung zum verantwortlichen Polizeiführer kann gemäß Satz 4 auch die anordnende Stelle bei Wegfall der Anordnungsvoraussetzungen die Entscheidung über den (endgültigen) Abbruch der Maßnahme treffen.

zu b)

Der neu eingefügte Absatz 3 ergänzt die bisherigen Regelungen zum Kernbereichsschutz der zweiten Stufe (Absatz 3 (alt) = Absatz 4 (neu)). Dieser Absatz konkretisiert das vom Bundesverfassungsgericht geforderte Verfahren der Durchsicht auf kernbereichsrelevante Inhalte (BVerfGE 120, 338 f.). Mit der Regelung des Satzes 1 wird eine Durchsicht nach dem Vier-Augen-Prinzip durch besonders geeignete bzw. geschulte Bedienstete der zuständigen Polizeibehörde gewährleistet. Im Falle des Abhörens oder der Aufzeichnung des gesprochenen Wortes außerhalb der Wohnung obliegt gemäß Satz 2 dem anordnenden Richter die

Durchsicht. Die bereichsspezifischen Verfahrensvorschriften zur Wohnraumüberwachung (Richterband) bleiben gemäß Satz 3 unberührt.

zu c)

Redaktionelle Folgeänderung durch Einfügung des neuen Absatzes 3.

2. In Artikel I Ziffer 7 wird § 17 wie folgt geändert:

Absatz 6 erhält folgende Fassung:

„(6) Erfolgt eine Unterrichtung gemäß Absatz 5 Satz 1 nicht binnen sechs Monaten nach Abschluss der Maßnahme, bedarf die weitere Zurückstellung der richterlichen Zustimmung. Die richterliche Entscheidung ist jeweils nach einem Jahr erneut einzuholen. Über die Zustimmung entscheidet das Gericht, das für die Anordnung der Maßnahme zuständig gewesen ist. Bedurfte die Maßnahme nicht der richterlichen Anordnung, ist für die Zustimmung das Amtsgericht, in dessen Bezirk die Polizeibehörde ihren Sitz hat, zuständig. Nach zweimaliger Verlängerung ist die Zustimmung des für die Einlegung einer Beschwerde zuständigen Gerichts einzuholen. § 68 Abs. 4 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit findet keine Anwendung. Fünf Jahre nach der erstmaligen Entscheidung gemäß Satz 5 darf dieses Gericht allein wegen Vorliegens der Zurückstellungsgründe des § 19 Abs. 3 und des § 20 Abs. 5 keine Zustimmung erteilen.“

Begründung:

Durch die modifizierte Fassung des Absatzes 6 werden die Verfahrensrechte der zu unterrichtenden Personen gestärkt. Zur zusätzlichen Absicherung der Überprüfung der Zurückstellungsgründe wird in Satz 5 geregelt, dass nach zweimaliger Verlängerung der Zurückstellungsentscheidung eine Entscheidung durch das für die Einlegung einer Beschwerde zuständige Gericht erfolgt. Gemäß Satz 6 ist eine Übertragung dieser Entscheidung auf den Einzelrichter (§ 68 Abs. 4 FamFG) nicht zulässig. Ein endgültiges Absehen von der Benachrichtigung ist nicht möglich.

Satz 7 trifft eine besondere Regelung hinsichtlich des Zurückstellungsgrundes der Gefährdung des weiteren Einsatzes einer Vertrauensperson oder eines Verdeckten Ermittlers (§§ 19 Abs. 3 bzw. § 20 Abs. 5). Sie gilt ausschließlich für den Einsatz von Vertrauenspersonen und Verdeckten Ermittlern, da allein in diesen Fällen die Gefährdung des weiteren Einsatzes einen zusätzlichen Zurückstellungsgrund rechtfertigt.

Sowohl im Hinblick auf den erheblichen Aufwand, der erforderlich ist, um eine Legende aufzubauen und aufrechtzuerhalten (§ 20 Abs. 2 PolG) und um eine Person in eine kriminelle Szene einzuschleusen, als auch wegen der im Regelfall sehr langen Zeitdauer, die erforderlich ist, um kriminelle Strukturen aufzudecken, wird eine Sonderregelung getroffen. Sie ermöglicht einerseits eine längerfristige Zurückstellung, andererseits bestimmt sie zur Gewährleistung der Rechtsweggarantie gem. Art. 19 Abs. 4 GG einen Endzeitpunkt, zu dem die Benachrichtigung erfolgen muss. Dieser Zeitpunkt darf nur überschritten werden, wenn die zusätzlichen Zurückstellungsgründe der Gefährdung von Leib und Leben (siehe § 17 Abs. 5) dieser Personen nachweisbar vorliegen.

3. In Artikel I Ziffer 8 wird § 18 wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird nach Satz 3 der folgende Satz angefügt:

„Eine ausschließlich automatisierte Datenerhebung ist unzulässig.“

b) In Absatz 3 wird Satz 5 gestrichen.

c) In Absatz 4 wird nach Satz 2 der folgende Satz eingefügt:

„Nach einer Unterbrechung oder einer Aufzeichnung gemäß Satz 2 darf die Erhebung fortgesetzt werden, wenn zu erwarten ist, dass die Gründe, die zur Unterbrechung oder zur Aufzeichnung geführt haben, nicht mehr vorliegen.“

d) Die Sätze 3 bis 5 werden zu Sätzen 4 bis 6.

e) In Satz 4 (neu) wird das Wort „Diese“ durch die Wörter „Die automatisierte Aufzeichnung“ ersetzt.

f) Satz 6 (alt) wird gestrichen.

Begründung:

zu a) und b):

Zur Klarstellung des Gewollten wird Satz 5 in Absatz 3 gestrichen und als neuer Satz 3 an Absatz 1 angefügt. Damit wird - an systematisch geeigneter Stelle - verdeutlicht, dass die Wohnraumüberwachung im Wege der unmittelbaren Wahrnehmung (durch Live-Mithören/Schauen) und der technischen Aufzeichnung erfolgt. Dies ist bei der Wohnraumüberwachung der mildere Eingriff, da dadurch ein sofortiges Unterbrechen bei Auftreten kernbereichsrelevanter Inhalte gewährleistet ist (BVerfGE 109, 279 (324)).

zu c) und f):

In Absatz 4 wird der bisherige Satz 6 zur Klarstellung als neuer Satz 3 vorgezogen und umformuliert. Damit wird präzisiert, dass während der angeordneten Dauer einer verdeckten Datenerhebungsmaßnahme sowohl Unterbrechungen gem. Satz 1 als auch das „Umschalten“ auf ein automatisiertes Aufzeichnen gemäß Satz 2 erfolgen können, und dass - ohne erneute richterliche Anordnung - eine Fortsetzung der Datenerhebung zulässig ist, wenn aufgrund veränderter tatsächlicher Umstände (z.B. Veränderung der Personenkonstellation in der überwachten Wohnung) eine Erfassung kernbereichsrelevanter Inhalte nicht zu erwarten ist. Außerdem wird dadurch die jederzeitige Möglichkeit zur „Rückkehr“ zum Live-Mithören als weniger schwerwiegendem Eingriff (siehe Begründung zu a) und b)) geklärt.

zu d) und e): Redaktionelle Änderungen. "

Vor der Abstimmung verdeutlichten die Fraktionen in der abschließenden Beratung am 28. Januar 2010 ihre grundsätzlichen Positionen.

Die CDU-Fraktion führte aus, mit dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen folge man den sich aus der Anhörung ergebenden Forderungen und Anregungen. Bei dem Polizeigesetz, dessen Verabschiedung in der nächsten Plenarsitzung vorgesehen sei, handele es sich um einen wesentlichen Baustein der Sicherheitspolitik der laufenden Legislaturperiode.

Die FDP-Fraktion warb unter Hinweis darauf, dass Anregungen aus den Reihen der angehörten Wissenschaftler aufgegriffen worden seien, um die Zustimmung der Oppositionsfraktionen zu dem nach Maßgabe des vorliegenden Änderungsantrags geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung. Man könne das Polizeigesetz nunmehr durchaus als ein richtig gutes Gesetz bezeichnen.

Die Fraktion der SPD kündigte an, sie werde im Rahmen der Plenarsitzung Änderungsanträge zum eigenen Gesetzentwurf vorlegen, in denen sie die Ergebnisse der beiden Anhörungen aufgreife. Im Übrigen handele es sich aus ihrer Sicht beim Gesetzentwurf der Landesregierung letztlich um einen Entwurf der FDP, da die CDU erst nach der Wahl einen eigenen Gesetzentwurf vorlegen wolle, wie man in ihrem Wahlprogramm nachlesen könne. Offen-

sichtlich gelinge es der Landesregierung in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr, das nordrhein-westfälische Sicherheitsgesetz auf den eigentlich erforderlichen Stand zu bringen. Dabei gehe es nicht nur um Eingriffsbefugnisse im Polizeigesetz und die entsprechende Absicherung der Freiheitsrechte, sondern auch um das in einigen Punkten verfassungswidrige Verfassungsschutzgesetz. Vor diesem Hintergrund müsse die FDP eigentlich dem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zustimmen.

Die Fraktion der Grünen begrüßte die im Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen vorgeschlagene Lösung im Bezug auf den Kernbereichsschutz, die sie für deutlich besser gelungen halte als im Entwurf der SPD-Fraktion. Dadurch greife man die Anregungen der Experten in der Anhörung auf. Da der Gesetzentwurf der Landesregierung mit den vorgesehenen Änderungen den Vorgaben der Rechtsprechung zum Kernbereichsschutz Rechnung trage, werde die Fraktion der Grünen dem Änderungsantrag zustimmen. Gleichwohl könne sie dem Gesetzentwurf insgesamt nicht zustimmen, wenn sie auch den Bürgerrechtscheck im Vergleich zum Gesetzentwurf der SPD-Fraktion eindeutig positiv bewerte. Jedoch habe die Anhörung klar ergeben, dass man den Ordnungsbegriff im Polizeigesetz nicht brauche. Darüber hinaus sei es der Landesregierung offenbar nicht gelungen, verfassungskonforme Sicherheitsgesetze zu erarbeiten, da die Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes noch immer ausstehe. Der im Polizeigesetz gelungene Kernbereichsschutz fehle im Verfassungsschutzgesetz nach wie vor. Darin sei nach Ansicht der Fraktion ein Armutszeugnis der Landesregierung zu sehen, die sich wegen des Streits um die Online-Durchsuchung nicht um den Kernbereichsschutz kümmere.

Im Anschluss an die Diskussion wurde zunächst über den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion abgestimmt. Der Ausschuss sprach sich mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD für die Ablehnung dieses Gesetzentwurfs aus.

Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zum Gesetzentwurf der Landesregierung wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD angenommen.

Sodann sprach sich der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür aus, den Gesetzentwurf in der geänderten Fassung anzunehmen.

D Abstimmungsergebnis

In der Sitzung am 28. Januar 2010 sprach sich der Innenausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der SPD-Fraktion für die Empfehlung aus, den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion - Drucksache 14/9386 - abzulehnen.

Bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 14/10089 - sprach sich der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür aus, diesen in geänderter Fassung anzunehmen.

Winfried Schittges
Vorsitzender